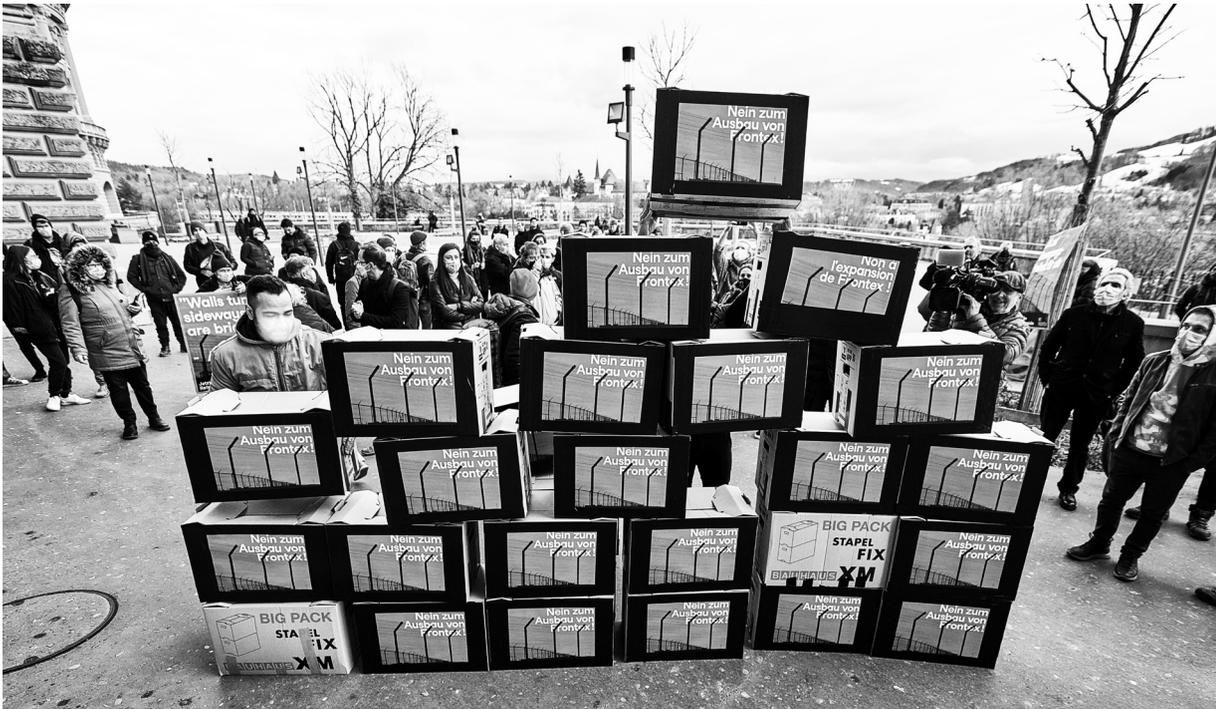


ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums



«Nein zum Ausbau von Frontex» am Bundeshaus in Bern, Januar 2022, Foto: Manu Friedrich

AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

SCHWEIZ/FRONTEX

Nein zum Ausbau von Frontex!

Am 15. Mai 2022 wird die Schweizer Bevölkerung über die Beteiligung an der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex abstimmen – ein Präzedenzfall in Europa.

An der Beerdigung unseres Freundes Heiner Busch¹ am 21. Oktober letzten Jahres, riefen Pfarrer Andreas Nufer, der durch die Zeremonie führte, und Catherine Weber, seine Lebensgefährtin, dazu auf, statt Blumen zu spenden, kräftig das anstehende Referendum gegen Frontex zu unterstützen. Andreas sagte, es solle im Sammel-Hut vor allem «flocken» statt klimpern. Und siehe da: Es kamen 4000 Franken mit zahlreichen Geldscheinen zusammen. Dies hätte Heiner sehr gefreut. Denn das war der Startbatzen für die Referendums-Kampagne. Was nachher geschah, hätte ihn noch mehr gefreut: Allen Widerwärtigkeiten der politischen und pandemischen Situation zum Trotz kam das Referendum gegen die vom Parlament beschlossene Erhöhung der Schweizer Beteiligung an Frontex zustande. Nachdem wir es geschafft haben, über 62 000 Unterschriften für das Referendum gegen die vom Parlament beschlossene Erhöhung der Schweizer Betei-

ligung an Frontex zu sammeln, stecken wir jetzt mit Vollgas in der Abstimmungskampagne, denn am 15. Mai 2022 wird – erstmalig in Europa – eine Volksabstimmung über die Beteiligung an Frontex² durchgeführt. Beim Unterschriftensammeln für das Referendum war offenkundig, dass die allerwenigsten Leute wissen, was diese Agentur treibt. Nun geht es darum, in möglichst vielen Veranstaltungen und Informationskanälen über deren Mitschuld am Leid von unzähligen Geflüchteten an den Aussengrenzen Europas aufzuklären.

Unverschämtes Wachstum

Zeitgleich mit dieser Ausgabe von Archipel wird ein Sonderbulletin von «Solidarité sans frontières» (Sosf) erscheinen, das explizit diese internationale Grenzagentur zu beleuchten versucht. Es gibt in Europa keine Körperschaft, die einen derartigen Zuwachs an Kompetenzen und Ressourcen

erfahren hat, und sich gleichzeitig praktisch jeglicher demokratischen oder parlamentarischen Kontrolle entzieht. Während sich das Gesamtbudget von Frontex im Jahr 2015 auf dem Höhepunkt der Syrienkrise auf 142 Millionen Euro belief, beträgt es heute das Vierfache (543 Mio Euro) und im Jahr 2027 soll es das vierzigfache (!) betragen (5'600 Mio)! Unzählige Berichte über die mangelnde Transparenz und die Mitschuld an Misshandlungen und illegalen Abschiebungen von Geflüchteten durch diese Agentur existieren bereits. Auch wenn gewichtige Absender wie der Europarat oder das Europaparlament hinter diesen Berichten stehen, zeigen sie kaum Wirkung. Immerhin empfahl das Europaparlament am 22. Oktober 2021 in Strassburg, zunächst 90 Millionen Euro (12 Prozent) aus dem Frontex-Budget für 2022 zurückzuhalten bis die Missstände aufgeklärt sind. Doch was geschieht dann weiter?

Ein Schweizer Volksentscheid als Beispiel

In vielen Ländern wird also mit Neugierde verfolgt, wie sich nun die Schweizer Bevölkerung zu Frontex positionieren wird. Es ist höchste Zeit, dass der Wildwuchs dieser intransparenten und undemokratischen Institution Gegenwind bekommt. Wir sind überzeugt, dass am 15. Mai eine Mehrheit der Abstimmenden ein NEIN in die Urne legen könnte. Bitte melden Sie sich bei uns oder beim Referendumskomitee (www.frontex-referendum.ch), wenn Sie in der Kampagne mitwirken können.

Unsere Gegnerschaft hier in der Schweiz ist keine geringe und Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat den Abstimmungskampf bereits am 2. Februar 2022 eröffnet: Am Rande eines Innenminister-Treffens in Frankreich liess sie verlauten, dass ein Nein zum Referendum am 15. Mai katastrophale Folgen und einen unausweichlichen Austritt der Schweiz aus Schengen-Dublin bedeuten würde. Damit verbreitet sie einmal mehr Unwahrheiten, denn ein Austritt wäre mitnichten unausweichlich. Es würde zwar neue Verhandlungen geben müssen, aber für solche existieren Räume und sogar vorgesehene Zeitmargen. Und vor allem lenkt Frau Keller-Sutter vom eigentlichen Thema ab: «Die zahlreichen und

häufigen Menschenrechtsverletzungen durch direkte oder indirekte Beteiligung von Frontex, die seit Jahren unter den Augen und mit dem Wissen ihrer Verwaltung stattfinden. Keller-Sutter torpediert damit ein Referendum, das den enormen Verdienst hat, endlich die dunklen Machenschaften der europäischen Grenzschutzagentur ans Licht zu bringen und durch Defundierung direkt und effektiv gegen das explosive Wachstum von Frontex und damit die Aufrüstung an den Schengen-Aussengrenzen vorzugehen.»³

Nun schliessen sich zahlreiche Organisationen und Gruppen zusammen, um diesen Abstimmungskampf zu führen und zu gewinnen. Wir hoffen, dass die Leserinnen

und Leser von Archipel sich auch aktiv daran beteiligen. An Möglichkeiten und Wegen dazu mangelt es nicht.

Claude Braun

1. Heiner Busch arbeitete mehrere Jahrzehnte für «Solidarité sans frontières» (Sof) in Bern und für die Zeitschrift Cilip des Komitees «Bürgerrechte und Polizei» in Berlin. Er verstarb viel zu früh an einer Krankheit am 21. September 2021. Er war bei Sof für das Bulletin und die Dokumentation zuständig. Sein Hauptaugenmerk galt der Kritik vom ständigen Ausbau der Polizeirechte in Europa und so sagte er von sich einmal «Ich habe eigentlich nicht viel gelernt, ausser an der Polizei herumzunörgeln. Das aber gründlich».

2. Im deutschen Fernsehen ZDF wurde am 1. Februar 2022 die Satiresendung «Die Anstalt» ausgestrahlt. Es handelt sich dabei um eine regelrechte Fundgrube für eine fundierte Kritik am Funktionieren von Frontex – mitsamt weitgehenden Quellenangaben zur Herkunft der Informationen.

3. Auszug aus dem News-Blog von Sof vom 8.2.22 (www.sosf.ch)



Wie weiter? Kiew im Frieden 2016 Foto: MR

Nie wieder Krieg!

+++ Russland-Ukraine +++

Unter diesem Motto sind wir aufgewachsen, geprägt von der Zuversicht, dass es die Diplomatie und gemeinsame Interessen zumindest auf dem europäischen Kontinent immer wieder schaffen würden, Konflikte rechtzeitig zu entschärfen. Der in der Ostukraine seit 2014 herrschende Krieg war für die meisten denn auch zu weit weg, um genauer hinzusehen. Doch nun schafft der Kreml neue Realitäten und zwingt uns dazu, unser altes Weltbild zu überdenken.

Das Europäische BürgerInnen Forum (EBF) ist seit drei Jahrzehnten in der Ukraine vor Ort, und wir sind mit den Widersprüchen der ukrainischen Gesellschaft bestens vertraut. Kurz vor Drucklegung dieser Ausgabe von Archipel eskalierte die Situation völlig. Hier ein Auszug aus einem der täglichen Mails vom 23. Februar 2022: Gestern hat Putin die Volksrepubliken von Donetsk und Luhansk als unabhängige Staaten anerkannt, und zwar in ihren Grenzen als ukrainische Oblaste. Damit hat er die Weichen auf einen Eroberungskrieg auf ukrainischem Territorium gestellt. Die russische Armee würde dort ab sofort eine «friedensunterstützende Funktion» ausüben (das Mass an Zynismus ist nicht mehr zu überbieten). Seit Beginn der Eskalation am 17. Februar wurden mindestens 235 Wohngebäude und Wohnungen von Zivilist:inn-en beschädigt. Mehrere Zivilist:inn-en wurden getötet. Gestern wurde in Schastia (übersetzt «Glück») den zweiten Tag in Folge das grosse Wärmekraftwerk beschossen. Seither gibt es in der Stadt weder Fernwärme noch Trinkwasser. In den «Volksrepubliken» werden Männer unter 55 Jahren auf der Strasse aufgegriffen und zwangsrekrutiert. Einem befreundeten Musiker ist es so ergangen. Nach zwei Tagen postete er im Internet ein Foto von sich mit einem Maschinengewehr. Statt, wie angekündigt zur Ausbildung, wurde er direkt an die Front gebracht. Hier bei uns im Dorf in Transkarpatien empfangen wir morgen die erste Flüchtlingsgruppe: Jugendliche aus Luhansk. Erste Leute folgen unserem Aufruf und stellen Wohnraum oder Lebensmittel zur Verfügung.

Letzte Meldung vor Redaktionsschluss:

Heute früh morgens hat eine grossflächige Invasion der russischen Truppen in der Ukraine begonnen. Zehntausende sind auf der Flucht. Wir organisieren Unterkünfte und helfen, wo wir können.

Jürgen Kräfner, Nischnje Selischtsche, 24. Februar 2022

Bitte um internationale Hilfe

+++ Ukraine +++

Das «Komitee für medizinische Hilfe in Transkarpatien» (CAMZ) mit Sitz in Uschgorod in der Westukraine bittet um internationale Hilfe. Wir arbeiten seit mehreren Jahren mit dieser wertvollen Initiative zusammen und leiten diesen Appell an unsere Leserinnen und Leser weiter.

Liebe Freundinnen und Freunde,

heute sind wir alle auf der Welt in einer neuen Realität aufgewacht. Die Ukraine leidet seit acht Jahren unter der Aggression von Russland. Obwohl wir alle seit zwei Monaten auf das Schlimmste vorbereitet waren, haben wir bis zur letzten Minute an die Kraft der Diplomatie geglaubt. Leider hat sie sich als ohnmächtig erwiesen, und heute müssen wir um Hilfe bitten. Wir befinden uns in Transkarpatien, in einem Gebiet, das von den militärischen Ereignissen noch weit entfernt und etwas ruhiger ist, so dass voraussichtlich ein grosser Ansturm von Menschen zu erwarten ist, die aus den Kriegsgebieten fliehen. Angesichts dieser Herausforderung werden wir einen katastrophalen Mangel an den folgenden Dingen haben, und wir bitten Sie, uns dabei zu helfen, diese zu beschaffen:

Matratzen, Schlafsäcke, Wäsche, Medikamente, Haushaltsmittel, Spezialnahrung für Kinder und Heizgeräte. Wir sind Ihnen für Ihre Hilfe dankbar und halten Sie für weitere Informationen auf dem Laufenden. In der Hoffnung auf Frieden!

Nataliya Kabatsiy, Direktorin CAMZ, +380505710718, camzua@gmail.com, www.cam-z.org

Leider ist in der unsicheren Lage momentan unklar, wie eine grössere humanitäre Aktion aus dem Westen Europas aussehen könnte. Wenn Sie Kontakt zu grossen humanitären Organisationen haben, welche das nötige Material sammeln und die Logistik für die Transporte organisieren könnten, nehmen Sie bitte mit uns Kontakt auf: ch@forumcivique.org Wir selber überlegen uns, wie wir als kleine Organisation helfen können.

ÖSTERREICH/ÖKOLOGIE

Eine ZAD* in Wien

Seit einem halben Jahr werden die Baustellen einer geplanten Stadtautobahn in der österreichischen Hauptstadt Wien von Aktivist:inn·en besetzt. Es ist die bisher längste Besetzung gegen ein fossiles Grossprojekt in der österreichischen Geschichte. Die Bewegung hat eine Räumung, einen Brandanschlag, existenzvernichtende Androhungen von Klagen und Desinformationskampagnen der Politik überstanden. Und mehr noch: Sie ist am Gewinnen.

Seit Jahrzehnten gibt es Widerstand gegen geplante Autobahnen im Nordosten Wiens. Die Lobau-Autobahn soll den Autobahnring um Wien schliessen – wofür ein Tunnel direkt unter dem Auwald der Lobau, einem Teil des Nationalparks Donau-Auen vor den Toren Wiens, gebohrt werden soll. Ein bedrohlicher Eingriff, der das sensible Ökosystem aus dem Gleichgewicht bringen könnte. Die Stadtautobahn, von der Politik als «Stadtstrasse» verniedlicht, würde den Wiener Bezirk Donaustadt mit der geplanten Lobau-Autobahn verbinden – und die Donaustadt fast unüberwindlich von Ost nach West durchschneiden. Im lokalen Kontext stehen die Megaprojekte sinnbildlich für die antisoziale Wiener Verkehrspolitik, die die Menschen auf Jahrzehnte ans Auto fesselt. Im globalen Kontext repräsentieren sie das System Auto als Teil des fossilen Kapitalismus, das Profite vor Menschen stellt und

die Klimakrise befeuert. Denn der Verkehr ist einer der klimaschädlichsten Sektoren Österreichs – und der einzige, in dem Emissionen weiterhin stark ansteigen.

Proteste von Anrainer:inne-n und Umweltschützer:inne-n, Widerstand sowohl auf rechtlichem wie auf politischem Weg konnten die zerstörerischen Projekte bisher verzögern, aber nicht endgültig stoppen. Die Wiener Stadtregierung hält nach wie vor an Plänen fest, die auf längst veralteten Verkehrsprognosen und Mobilitätspolitik aus dem letzten Jahrtausend basieren. Deshalb haben sich letztes Jahr Anrainer:innen, Klimaaktivist:inn·en und engagierte Bürger:innen aus verschiedensten Bereichen zusammengetan, um den Protest direkt auf die Baustellen zu tragen. Seit August 2021 stehen die Bagger still. Auf den Baustellen ist eine breite Bewegung unter dem Slogan «Lobau bleibt!» entstanden, die es nicht nur

geschafft hat, die Lobau-Autobahn vorerst zu stoppen, sondern auch eine neue Ära an Klimaaktivismus in Österreich eingeläutet hat.

Autobahnen und Betonpolitik

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs in Wien (SPÖ Wien), Partei des Wiener Bürgermeisters Michael Ludwig, forciert die beiden Autobahnbauprojekte. Auch die meisten anderen Parteien in Wien und dem benachbarten Niederösterreich sowie auf Bundesebene sind für den Bau, etwa die Österreichische Volkspartei (ÖVP), die zurzeit den Bundeskanzler stellt. Und auch Industrielobbys wie die mit Bürgermeister und ÖVP bestens vernetzte Wirtschaftskammer wollen die Strassen. Doch Anfang Dezember konnte die LobauBleibt-Bewegung einen historischen Erfolg feiern: Umweltministerin Leonore Gewessler von den Grünen gab das Aus für die von der Bundesregierung verantworteten Projekte in der Lobau bekannt. Diese Absage der Lobau-Autobahn war Ergebnis einer Evaluierung ihrer Klimaverträglichkeit, die auf Druck der langen Proteste gegen das kontroverse Projekt im Sommer angesetzt worden war. Nichtsdestotrotz halten die Wiener SPÖ und ihre Verbündeten an der Stadtautobahn

fest und kündigten rechtliche Schritte gegen diese Absage an. Auf dem Spiel stehen Bauverträge, Lobbyinteressen und der Stolz gekränkter fossiler Männlichkeit.

Die Aktivist:innen haben erkannt, dass sich in den Autobahnprojekten soziale und ökologische Ungerechtigkeiten kristallisieren. Im lokalen Massstab spiegelt sich das in der Wiener Verkehrspolitik und Stadtplanung wider: Mit einem Rezept aus dem letzten Jahrtausend versucht die Stadt Wien, das hausgemachte Verkehrsproblem von Staus und schlechten Verbindungen mit neuen Strassen zu lösen. Dabei zeigen Verkehrswissenschaftler:innen schon seit Langem auf: Mehr Strassen führen zu mehr Verkehr. Sogar Berechnungen der vom Bund beauftragten Baufirma ASFINAG belegen, dass die neuen Autobahnen langfristig zu keiner Verkehrsentlastung führen. Zu den Verlierer:innen des Projektes gehören nicht nur die 47 Prozent der Wiener Haushalte, die sich kein Auto leisten können, sondern auch Anrainer:innen in der Donaustadt, die durch die Politik der SPÖ an das Auto gefesselt werden. Die von Wissenschaftler:innen und der Zivilgesellschaft präsentierten Alternativen liegen auf der Hand: ein flächendeckender Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und Radwege. Gespräche mit den Besetzer:innen darüber lehnt die Stadt Wien aber konsequent ab. Die Proteste fordern eine Stadtplanung, die sich an den Menschen und ihren Bedürfnissen orientiert und eine Stadt, die Platz für alle und nicht nur für Autos bietet. Der Konflikt hat sich an den konkreten Autobahnprojekten entfacht, aber Vielen geht es um sehr viel mehr: «Gegen die Lobauautobahn und ihre Welt zu sein heisst: Gegen die Machokultur und ihr Statussymbol Auto - und für eine feministische und inklusive Mobilität. Gegen Bauprojekte, die kurzfristig Profite für Baukonzerne generieren, aber uns langfristig alle in die Katastrophe fahren – für sinnstiftende Arbeit, die die Sorge um Planeten und Menschen in den Mittelpunkt stellt. Gegen eine Festung Europa und Mobilität, die vom Pass abhängt – für gleiche Bewegungsfreiheit für alle», so eine Aktivistin von LobauBleibt.

Die antisoziale Verkehrspolitik Wiens ist keine Ausnahme im Land: Der Verkehrssektor ist Österreichs Klimakiller Nummer 1. Trotz aller Klima-Versprechungen sind die Emissionen in diesem Bereich in Österreich seit 1990 um 75 Prozent gestiegen. Hauptverantwortlich ist der energie- und ressourcenintensive Auto- und LKW-Verkehr. Den will die selbsternannte Klimamusterstadt Wien bis 2030 halbieren – auf dem Papier. In der Realität wird der Bau der Lobau- und Stadtautobahn alleine dazu führen, dass die Stadt Wien ihre selbstgesteckten Klimaziele verfehlt, so Berechnungen der «Scientists for Future». Die Folgen dieser Politik reichen weit über die Stadtgrenzen hinaus: Global steuern wir mit den bisher zugesagten Klimaschutz-Massnahmen auf 2,7 Grad Erderhitzung zu, es könnten auch noch mehr werden.

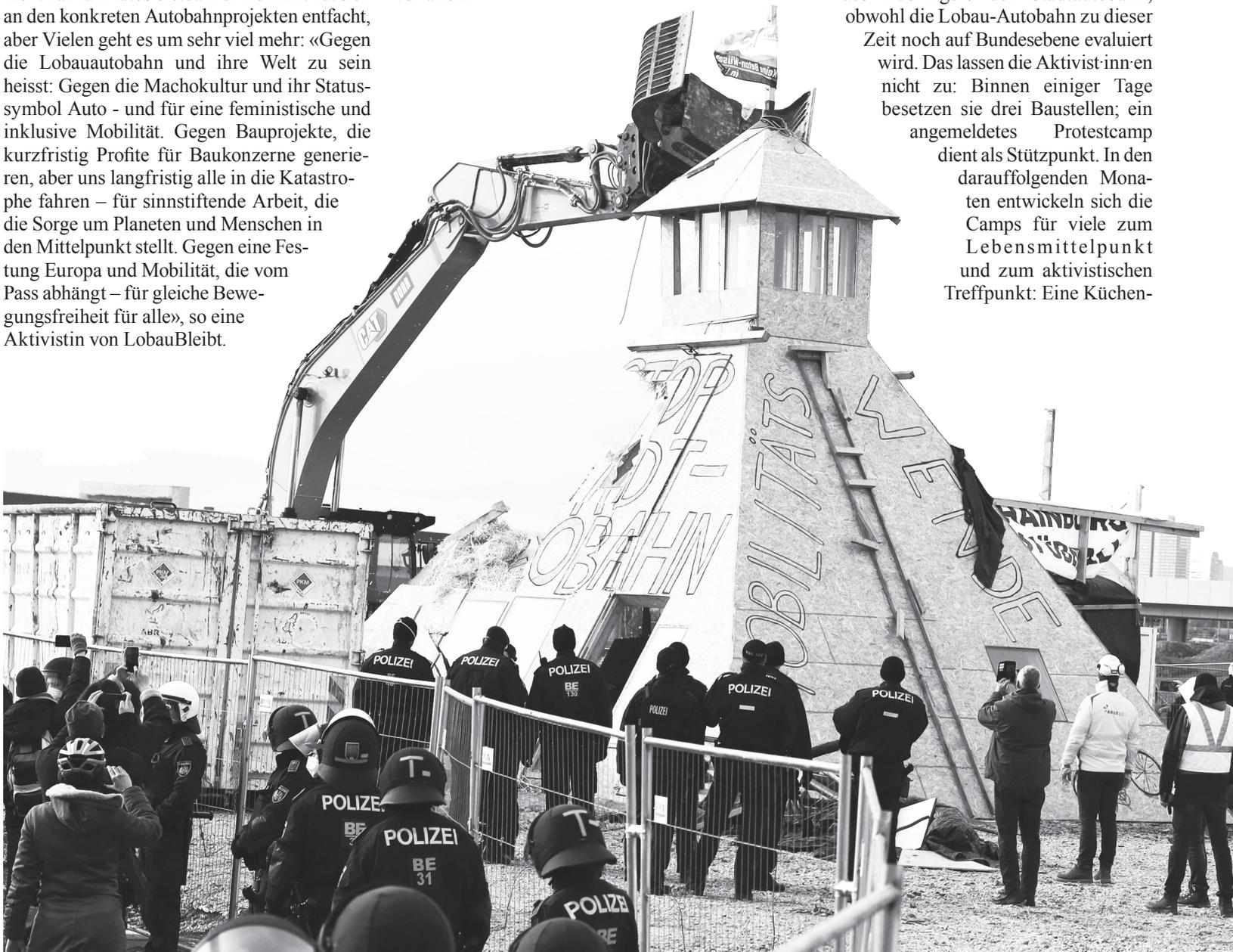
Chronologie des Widerstands

Auf den besetzten Baustellen der Stadtautobahn wirkt der Kampf für globale Klimagerechtigkeit plötzlich sehr nah. Hier, an den Orten der Zerstörung, entscheidet sich der Kurs, den Wien im Kampf gegen die Klimakrise einschlägt – der in Wahrheit ein Kampf gegen die Verteidiger:innen des Status Quo ist. Doch um diesen Kurs muss gekämpft werden. Die Chronologie des Widerstands gegen die Strassenprojekte liest sich wie ein Handbuch für Eskalationsstrategien. Bis 2020 sind es vor allem

Anrainer:innen, die in Bürgerinitiativen gegen die Strasse vor ihrer Haustür protestieren. Unterstützt von Umweltorganisationen hat dieser Widerstand einen beachtlich langen Atem: Schon 2006 kam es zu einer Besetzung, die sechs Wochen lang Probebohrungen für den geplanten Lobautunnel aufhalten konnte. Rechtliche Verfahren ziehen sich über Jahre, bis die Gerichte schliesslich grünes Licht für den Bau beider Autobahnen geben – ohne das Projekt je gesamtheitlich auf Schädlichkeit und Nutzen in Zeiten der Klimakrise zu evaluieren. Das ruft vier Organisationen aus der Wiener Klimabewegung auf den Plan. Diese beginnen sich 2020 mit Bürgerinitiativen und NGOs zu vernetzen. Erste Aktionen zivilen Ungehorsams und eine grosse Raddemo im darauffolgenden Sommer markieren den Beginn der LobauBleibt-Bewegung. Manche Stimmen kündigen ein «Hainburg 2.0» an, eine Anspielung auf die grössten österreichischen Umweltproteste, bei denen in den 1980er-Jahren mit einer Besetzung in den Donau-Auen der Bau eines Wasserkraftwerks an der Donau beim Ort Hainburg verhindert werden konnte. Diese Proteste legten auch den Grundstein für den Nationalpark Donauauen, der jetzt durch die Lobauautobahn bedroht ist.

Eine Bewegung lässt sich nicht räumen

Im August 2021 will die Stadt Wien Fakten schaffen und beginnt mit dem Bau des Zubringers der Stadtautobahn, obwohl die Lobau-Autobahn zu dieser Zeit noch auf Bundesebene evaluiert wird. Das lassen die Aktivist:innen nicht zu: Binnen einiger Tage besetzen sie drei Baustellen; ein angemeldetes Protestcamp dient als Stützpunkt. In den darauffolgenden Monaten entwickeln sich die Camps für viele zum Lebensmittelpunkt und zum aktivistischen Treffpunkt: Eine Küchen-



Der lange Arm einer zerstörerischen Politik. Die hölzerne Pyramide des Protestcamps von LobauBleibt wird geschleift, Wien 2021.

struktur und winterfeste Gebäude entstehen, Baustellenkonzerte, Fussballspiele und Vorträge locken Menschen aus der Umgebung an. Von Beginn der Besetzungen an leben die Camps auch von der Unterstützung der Anrainer:innen und der Menschen aus der Stadt, die Essen und Material spenden und ihre Solidarität mit den Besetzer:innen bekunden. Schon im September reicht die Rede vom Lobau-Protestcamp über Wien hinaus und sogar eine Delegation der Zapatistas stattet auf ihrer Europareise dem Camp einen Besuch ab. Mit ihnen reden die Besetzer:innen über die Parallelen und Unterschiede zwischen den jeweiligen Kämpfen, die Herausforderungen der Selbstorganisation und das Erfolgskonzept der Zapatistas. «Rebelión y Rebeldía», ständige Rebellion und Widerständigkeit, nennt eine zapatistische Delegierte als zentralen Aspekt.

Emanzipatorisches Potenzial

Hinter der inhaltlichen, klimapolitischen Kritik an den Autobahnen steckt ein radikales emanzipatorisches Potenzial im Protestcamp selbst. Aktivist:inn-en haben sich hier einen Raum geschaffen, in dem ausserhalb der kapitalistischen Verwertungslogik soziale Beziehungen neu gedacht werden können. Entscheidungen werden basisdemokratisch in Plena getroffen, das Camp selbst dient als Ort der Politisierung und der Vernetzung. Auf den Baustellen wächst eine Bewegung zusammen, deren Geschichte in den österreichischen Medien omnipräsent ist und sowohl die Wiener Stadtregierung als auch die Bundesregierung unter Druck setzt. In diesem Kontext verkündet die grüne Umweltministerin Anfang Dezember das Aus für die Lobau-Autobahn. LobauBleibt feiert realpolitische Erfolge – und schreibt damit als Klimabewegung in Österreich Geschichte.

Doch ab Dezember überschlagen sich die Ereignisse: Die Stadt Wien hält nicht nur an der Stadtautobahn fest, sondern droht mit der Räumung der besetzten Baustellen. Während auf den Camps Räumungsalarm herrscht, droht die Stadt per Anwaltsschreiben mit Klagen an sogenannte «mentale Unterstützer:innen» der Bewegung. Dazu gehören zwei 13- und 14-jährige Schülerinnen, Wissenschaftler:innen und Künstler. Sie alle müssten mit existenzbedrohenden Klagen in Millionenhöhe rechnen, sollten sie die Proteste weiter unterstützen. Die Einschüchterungsversuche gehen nach hinten los:

Eine Solidaritätskampagne bringt tausende Menschen auf die Strassen; Amnesty International Österreich spricht von Menschenrechtsverletzungen; die Betroffenen übergeben Ulli Sima, der zuständigen Stadträtin, eine Petition mit 20.000 Unterschriften.

Brandanschlag und politisches Öl ins Feuer

Ende Dezember kommt dann nicht die Räumung – sondern ein Brandanschlag. In der Nacht auf den 31. Dezember befinden

sich acht Menschen in einer auf einer der Besetzungen aufgebauten Holzhütte. Kurz bevor sie sich schlafen legen wollen, hören sie einen lauten Knall. «Ein paar von uns beginnen sofort zu schreien, noch ist nicht klar was passiert, bis ein Aktivist neben mir aufspringt und die Türe aufreisst und schreit, dass wir alle sofort raus müssen», berichtet eine der Betroffenen. «Wir rennen so schnell wir können. Neben unseren Schuhen fliesst eine Flüssigkeit, aus der das Feuer aufsteigt. Wir bahnen uns einen Weg an den Flammen vorbei. Wir wissen, dass es Benzin ist. Ich rieche es, ich schmecke es.» Eine andere Aktivistin erzählt: «Hätten wir geschlafen oder wären weniger aufmerksam gewesen, wäre ich vielleicht nicht mehr am Leben. Es macht mir Angst, dass jemand in Kauf nimmt, junge Menschen anzuzünden, wir setzen uns doch nur für unsere Zukunft ein.» Das liebevoll «Turm» genannte zweistöckige Holzgebäude brannte binnen kurzer Zeit vollständig ab. Wer hinter dem Brandanschlag steckt, ist bis heute ungeklärt. Unerträglich die Reaktion des Wiener Bürgermeisters, der den versuchten mehrfachen Mord mit den Worten kommentierte, es sei «ein Zeichen, dass ein rechtsfreier Raum in einer Stadt kein Vorteil ist». Mit anderen Worten: selber schuld. Durch die Kriminalisierung der Bewegung mit den Klagsdrohungen und die Verharmlosung des Brandanschlags schafft die Wiener SPÖ-Spitze selbst die Grundlage für Gewalttaten gegen friedliche Aktivist:inn-en.

Auch im neuen Jahr lenkt die Stadtregierung nicht ein, im Gegenteil – sie setzt ihren Eskalationskurs fort. Während sie medial den Wunsch nach Gesprächen und Austausch vortäuscht, werden konkrete Schritte zum Bau der Stadtautobahn gesetzt und Bauaufträge vergeben. Ende Jänner 2022 findet der trotz vielfacher Gesprächsangebote durch die Bewegung erste und bisher einzige Austausch zwischen der Stadt und einer LobauBleibt-Delegation statt. Doch auch hier zeigt sich, dass die zuständige Stadträtin Sima nie über Alternativen sprechen wollte. Für die Bewegung ist ein Abzug von den Baustellen ohne einen Stopp der zerstörerischen Projekte keine Option – die Gespräche bleiben ohne Ergebnis.

Die Stadt instrumentalisiert dies, um Anfang Februar eine der besetzten Baustellen zu räumen. Die Rücksichtslosigkeit und Brutalität, mit der die Stadtregierung an diesem Tag vorgeht, ist erschreckend. Am Morgen der Räumung werden sämtliche öffentlichen Verkehrsmittel zum Ort der Besetzung für Stunden gestoppt, um Solidarisierung zu verhindern. Hundertschaften von Polizist:inn-en rücken an, um die Aktivist:inn-en zu entfernen, und das Areal wird grossräumig abgesperrt. Die Solidarität ist trotzdem überwältigend. Innerhalb kurzer Zeit sind hunderte Menschen vor Ort, um die Besetzung zu unterstützen, viele blockieren die Polizei und das schwere Gerät, mit dem

schon während der Räumung zerstörerische Fakten geschaffen werden sollen: Noch während die Aktivist:inn-en weggetragen werden, beginnt die Stadt, hunderte Bäume zu roden. Menschen klettern in Bäume, um diese zu schützen; neben ihnen wird einfach weiter gerodet. Ganze Alleen werden gefällt, die in den immer heisser werdenden Sommern der Klimakrise so wichtig sind für die Menschen, die hier leben. Doch für das fossile System Auto und seine Profiteure stellen sie nur Hindernisse für ihre Interessen dar. Genauso das liebevoll «Wüste» genannte Protestcamp, das für nicht wenige zu einem Heim geworden ist. Sein Mittelpunkt war eine hölzerne acht Meter hohe Pyramide. Nachdem die letzte Person aus dem Gebäude getragen ist, macht ein Bagger binnen Minuten Kleinholz aus ihr. Ein Werk von Monaten, zerstört in Minuten. Am Ende des Tages sind fast 400 Bäume gerodet und ein Protestcamp verloren.

Doch der Widerstand wird nur stärker. Schon am selben Abend protestieren Tausende vor der SPÖ-Zentrale im Zentrum von Wien und eine spontane Demonstration zieht durch die Strassen Wiens an den Ort, wo die gefangenen Aktivist:inn-en festgehalten werden. Nach einem Tag sind alle wieder frei. Eine Welle der Solidarität zieht sich durch die Zivilgesellschaft. «Meine Wut ist so riesengross, dass ich sie nicht in Worte fassen kann.

Aber noch grösser ist meine Hoffnung – durch die Bewegung. Weil ich weiss, was zu erreichen ist. «We have a world to win!» so die 17-jährige Aktivistin Soletti. Ein Protestcamp kann man räumen, aber eine Bewegung wie LobauBleibt ist unaufhaltsam. Was in den letzten Monaten in Wien entstanden ist, hat tiefe Wurzeln geschlagen, die sich nicht einfach ausreissen lassen.

Aktivist:inn-en der
LobauBleibt-
Bewegung

*ZAD: «Zone à défendre» (zu verteidigendes Gebiet): Der Begriff stammt aus den Bewegungen in Frankreich, die Gebiete oder Orte besetzen, um deren Überbauung durch Megaprojekte zu verhindern. Es geht darum, die biologische Vielfalt zu erhalten und sich – je nach Ort und Widerstand – eine Lebensgrundlage zu schaffen, die Natur und Mensch respektiert. Das bekannteste Beispiel ist die ZAD von Notre-Dame-des-Landes in der Bretagne.

Unterstützung für LobauBleibt

Um die Welt der Autobahnen weiter ins Wanken zu bringen, braucht LobauBleibt jede Unterstützung! Informationen zur Bewegung und wie sie unterstützt werden kann auf der Webseite: www.lobaubleibt.at und im deutschsprachigen Ticker: www.t.me/Lobaubleibt

Accounts zum Folgen auf Social Media: Fridays For Future Wien, Jugendrat, Extinction Rebellion, System Change not Climate Change und Hirschstetten-retten, #LobauBleibt.



Der Kampf um die bäuerlichen Rechte

Weil die grossen Saatgutkonzerne weltweit ihre Kontrolle über das Saatgut ausweiten wollen, sind die Kleinbäuerinnen und -bauern und in der ganzen Welt seit Jahrzehnten gezwungen, sich gegen die Verdrängung oder gar das Verbot ihrer traditionellen lokalen Sorten zu wehren. Europa beansprucht in dem Bereich der Regulierung des Saatgutmarktes eine weltweit führende Rolle.

2008 startete die EU einen Reformprozess für eine europaweite Vereinheitlichung der bestehenden Verordnungen. Es ging darum, welches Saatgut unter welchen Bedingungen vermarktet werden darf.

Dagegen engagierten sich kleine Initiativen von Erhalter:innen alter Sorten in vielen europäischen Ländern. Gerade in Europa sind in den letzten 60 Jahren, seit den ersten gesetzlichen Beschränkungen auf dem Saatgutmarkt, rund 80 Prozent der ursprünglichen Vielfalt an Kulturpflanzen verschwunden. So gesehen gibt es keinen Grund, dass Europa sich anmass, weltweit die Richtung in der Saatgutpolitik zu bestimmen. Im Gegenteil, die EU hat sich in dieser Rolle disqualifiziert weil sie einseitig die Interessen der Saatgutzüchter und ihrer Konzerne vertritt. Nach fünfjährigen Verhandlungen legte die EU-Kommission im Jahr 2013 ein Gesetzespaket für die Neuregelung des Saatgutverkehrsrechts vor. Für sein Inkrafttreten war nach den neuen Regeln nur die Zustimmung des Ministerrats und des Europäischen Parlaments notwendig. Das EU-Parlament lehnte den Vorschlag mit grosser Mehrheit ab. Daran konnte auch das Schreiben des Lobbyverbandes der europäischen Saatgutindustrie ESA an die Abgeordneten des Europaparlaments nichts ändern. ESA befürwortete das Gesetzespaket und begrüsst die «moderne, dynamische, harmonisierte und vereinfachte Reform des Europäischen Saatgutverkehrsrechts für eine innovative Pflanzenzüchtung in Europa». Im vergangenen Jahr, also acht Jahre nach diesem Misserfolg, hat die EU-Kommission erneut die Reform des Saatgutverkehrsrechts auf die Tagesordnung gesetzt.

Ein autoritäres Instrument

Zur gleichen Zeit begann die Afrikanische Union im März 2021 ebenfalls einen Diskussionsprozess zur Vereinheitlichung der in Afrika herrschenden Regelungen für den Saatgutverkehr. Ausgeschlossen von den Gesprächen waren von vornherein u.a. das Afrikanische Zentrum für Biodiversität und die Allianz für Lebensmittelsouveränität in Afrika, sowie die zahlreichen Organisationen von Kleinbauern und -bäuerinnen. Die vor-

geschlagene Vereinheitlichung soll auf der Basis der UPOV-Vereinbarungen¹ geregelt werden. Darüber heisst es in dem Protestschreiben von rund 60 sozialen Bewegungen aus mehreren afrikanischen Ländern: «Die UPOV ist ein autoritäres Instrument zur Stärkung geistiger Eigentumsrechte und der Profite der kommerziellen Saatgutzüchter zum Nachteil der Menschenrechte und des kulturellen Erbes auf unserem Kontinent».

Der Vorwurf, die UPOV sei autoritär ist nicht unbegründet. Die Organisation wurde auf Initiative von Frankreich, Deutschland, England und den Niederlanden vor 60 Jahren mit Sitz in Genf gegründet. Sie vertritt die Interessen der weltweit grössten Saatgutkonzerne, wie Bayer, Limagrain, BASF, und andere, die ihren Sitz in diesen Ländern haben. Sie verfolgen das Ziel, geistige Eigentumsrechte auf gezüchtete Sorten durchzusetzen und gleichzeitig alle bäuerlichen lokalen Sorten, die nicht registriert sind und nicht die Kriterien moderner Sorten erfüllen, vom Markt zu verdrängen oder zu verbieten. Die UPOV erarbeitete eine erste Konvention, die seither regelmässig verschärft wurde. Alle Länder, die Zugang zu ihrem industriellen Saatgutmarkt haben wollen, müssen der jeweiligen UPOV-Konvention zustimmen. Die europäischen Länder und die EU berufen sich auf diese Konvention, als ob sie irgendeine gesetzliche Grundlage hätte. Beim Abschluss von internationalen Handelsverträgen müssen die betroffenen Länder die UPOV-Konvention unterzeichnen bzw. der UPOV beitreten.

Vernichtung bäuerlicher Sorten

Einige erinnern sich vielleicht daran, wie in Kolumbien 2013 auf Grund von Freihandelsverträgen mit der EU und den USA die UPOV-Konvention von einem Tag auf den anderen durch die berüchtigte Resolution 9.70 umgesetzt wurde, und rund 4000 Tonnen bäuerliches lokales Saatgut mit Bulldozern in eine Mülldeponie geschoben und verbrannt wurden. Die Proteste gegen diese brutale Missachtung der kolumbianischen und indigenen Agrarkultur waren so gross, dass das Dekret wieder aufgehoben werden musste. Was aber die Durchsetzung der UPOV-Kon-

vention in Afrika für Konsequenzen haben wird, ist nicht abzusehen. Der industrielle Saatgutsektor kontrolliert nur ungefähr 10-20 Prozent des afrikanischen Saatgutmarktes, 90 Prozent des Saatgutes kommen aus informellen bäuerlichen Strukturen.

Sollten die UPOV-Kriterien angewendet werden, würden alle bäuerlichen Sorten verboten. Gerade in einer Zeit, in der viele afrikanische Länder mit grossen klimatischen Veränderungen konfrontiert sind, hätte das Verbot der lokalen Sorten verheerende Auswirkungen auf die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung. Die UPOV-Kriterien für Saatgut stellen heute mehr denn je eine Bedrohung für die lebendige Agrarkultur und ihre regionalen und anpassungsfähigen Sorten dar. Die Kleinbauernorganisationen in vielen Ländern Afrikas sowie die Organisationen zur Erhaltung der Biodiversität haben sich gegen das Vorhaben der Afrikanischen Union mobilisiert. Für sie wäre es eine wichtige moralische und politische Unterstützung, wenn auch hier in Europa in Anbetracht der weltweiten Klimakatastrophen ein Umdenken beginnen würde.

Existenzgrundlagen?

In der Diskussion über ein neues Saatgutverkehrsrecht wäre eine zeitgemässe Forderung die Abschaffung der gesetzlichen Regelungen für den Saatgutmarkt. Denn das Saatgutverkehrsrecht dient nicht dem Schutz vor gentechnisch veränderten Pflanzensorten. Für die Regulierung von gentechnischen Konstrukten gibt es eine eigene EU-Richtlinie, unabhängig vom Saatgutverkehrsrecht.

Es dient auch nicht dem Interesse der Landwirtschaftstreibenden an beständigen und homogenen Sorten. Wer Sorten erwerben will, die registriert sind und die DUS-Kriterien (DUS steht für Unterscheidbarkeit, Uniformität und Stabilität) erfüllen, kann zertifiziertes Saatgut mit Sortenschutz erwerben. Da das EU-Saatgutverkehrsrecht im Grunde nur auf diese drei Kriterien geprüfte Sorten für die Vermarktung zulässt, sind bereits viele alte Landsorten in Europa völlig ausgestorben.

Die Forderungen heute müssen lauten:

1. Ersatzlose Abschaffung der Vermarktungsverbote und -einschränkungen des Saatgutverkehrsrechts.
2. Ab sofort Befreiung und Förderung der Vielfalt von Kulturpflanzen auf den Feldern, Gärten, Weinbergen, Wiesen und Wäldern.
3. Übereinstimmung der Politik der EU bezüglich der Kulturpflanzenvielfalt mit den internationalen Verträgen wie der Konvention über biologische Vielfalt und dem internationalen Saatgutvertrag (ITPGR-FA) und Kündigung der einseitigen UPOV-Konventionen.

Die leere Worthülse «Sicherung der Existenzgrundlagen in den Herkunftsländern»,

Archipel

Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1848,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezná Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nijne Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org

die gerne als Antwort auf die wachsende Migration benutzt wird, könnte damit einen wichtigen Inhalt bekommen. Der nicht unwesentliche Unterschied zwischen Afrika und Europa ist, dass in Europa bereits mehr als 60 Prozent des Saatgutmarktes in der Hand der Konzerne ist und die restlichen 40 Prozent zu einem Grossteil ebenfalls industrielle Sorten sind, die von Bäuerinnen und Bauern aus der eigenen Ernte zu Saatgut aufbereitet werden. Dementsprechend gross ist die Abhängigkeit von den industriellen Sorten in Europa und es gibt kaum mehr Landwirtschaftsbetriebe, die in der Lage sind, sich selbst mit Saatgut zu versorgen. Ist diese Abhängigkeit von der immer mehr zentralisierten Saatgutversorgung mit immer mehr hochgezüchteten Sorten in den heutigen Krisen überhaupt noch tragbar?

Wo sind die bäuerlichen Rechte?

Das kolonialistische Vorgehen der Saatgutkonzerne unter anderem auf dem afrikanischen Kontinent erfolgt unter dem Motto «wir garantieren mit unseren modernen Sorten die Lebensmittelsicherheit». Diesem Motto hat sich auch die potente Bill und Melinda Gates-Stiftung verschrieben, um in gönnerhafter Manier dem afrikanischen Kontinent zu Hilfe zu kommen. Unterstützung finden sie dabei zum Beispiel von der Deutschen Bundesregierung. Es klingt wie eine Neuauflage

der «Grünen Revolution», die Ende der 60er Jahre in mehreren Ländern Afrikas und Asiens von der Organisation USAID² propagiert und umgesetzt wurde. Die Erfolge dieser Kampagne sind zweifelhaft. Sie hat die Ernteerträge erhöht durch industrielle Hochleistungssorten mit gleichzeitig hohem Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden. Die meisten Kleinbauern und -bäuerinnen konnten sich diesen teuren Einsatz nicht leisten und verloren ihre Existenzgrundlage. Die lokal angepassten und bewährten Sorten wurden nicht mehr angebaut. Die Krankheitsanfälligkeit der spezialisierten Sorten führt zu einem immer höheren Pestizid-Einsatz und damit zu einer Verseuchung der Gewässer durch Pestizide und Düngemittel.

Doch das jahrzehntelange Engagement kleinbäuerlicher Organisationen aus aller Welt hat zu einer weltweiten Vernetzung dieser Kämpfe «La Via Campesina» geführt. Die konsequente Präsenz in den internationalen Gremien hat bewirkt, dass die UNO-Vollversammlung die Rechte der Bauern und Bäuerinnen weltweit ansprechen musste.

Daraus resultierte die UNDROP-Erklärung³ vom Dezember 2018, die die bäuerlichen Rechte auf die Nutzung und Weitergabe ihres eigenen Saatgutes in Artikel 19 anerkannt hat. Das Problem ist nur, dass die EU-Länder, ausser Portugal, sich der Stimme enthalten haben, das heisst, nicht bereit sind, die bäuerlichen Rechte anzuerkennen.

Die weltweite Antwort der vielen Erhalterinnen der Biodiversität ist: «Lasst uns die Vielfalt befreien.»

Jürgen Holzapfel

1. UPOV: Die Union internationale pour la protection des obtentions végétales (Internationaler Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen) ist eine zwischenstaatliche Organisation zum Schutz von Pflanzenzüchtungen. Sie hat ihren Sitz in Genf.

2. USAID: US Agency for International Development

3. In der verabschiedeten «Erklärung für die Rechte von Kleinbauern und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten» (UNDROP) definiert die UNO in 28 Artikeln die wichtigsten Rechte, die Bauern und Bäuerinnen weltweit nun zustehen.



Corona-Demo: Neonazis an der Spitze

Am 22. Januar 2022 drängte sich die Neonazi-Gruppe «Junge Tat» mit Transparent und Megafon an die Spitze der Corona-Demo in Bern. Die Massnahmegegner·innen liefen hinterher.

Dass es soweit kommen würde, war absehbar. Denn nach bald zwei Jahren Corona-Demos hatte sich ein Macht-Vakuum zwischen den verschiedenen neuen Organisationen und Gruppierungen gebildet, die anfangs ihren gemeinsamen Nenner im Protest gegen die Pandemie-Massnahmen gefunden hatten. Einige Gruppierungen hatten sich aufgelöst, andere sich verstritten. Diese instabile Situation spielte nun, wie zu befürchten war, den organisierten Neonazis unter ihnen in die Hände. Schon von Anfang an hatten die Corona-Demos einen Nährboden für rechts-extreme Gruppierungen geboten. Rechte Propaganda, Sündenbockpolitik und Verschwörungsideologien begünstigen sich gegenseitig

und funktionieren alle nach dem Motto «Wir» werden von «Ihnen» bedroht. Es wird unter den Corona-Demonstrant·inn·en ein Feindbild konstruiert, das, je nachdem, Bill Gates, «die Lügenpresse», Alain Berset, Klaus Schwab oder «die Antifa» ist. Dieser Feind bedroht das «Wir», das in den Augen der Corona-Demonstrant·inn·en aus aufrechten, schweizerischen «Volksgenossen» besteht. Viele der Verschwörungsideologien, die unter den Corona-Massnahmegegner·inne·n beliebt sind, bedienen klar antisemitische, rassistische und rechts-populistische Narrative.

Auch Ideologien von esoterischen Impfgegner·inne·n, von denen es viele an die Corona-Demos zog, überschneiden sich an vielen

Stellen mit rechten Verschwörungsideologien. Das Narrativ von «zurück zur Natur» oder das Bild vom «gesunden, starken Menschen», der keine Impfung braucht um zu überleben, sind unmittelbar verknüpft mit sozial-darwinistischen und anti-modernen Ideen, welche auch von Nazis nach dem ersten Weltkrieg propagiert wurden.

Rechtsextreme Gruppierungen haben von Anfang an versucht, in der Bewegung ihren Einfluss zu nehmen, jedoch auch hier wächst der Faschismus aus der Mitte der Gesellschaft. Es sind die ignoranten, verschurbelten und unreflektierten Haltungen des Grossteils der Massnahmegegner·innen, die den Neonazis überhaupt erst ermöglichen, in eine einflussreiche Position kommen zu können.

Am 12.02. war in Zürich wieder eine Demonstration der Massnahmegegner·innen geplant. Dem Aufruf zur Gegendemonstration sind mehrere tausend Antifaschist·innen gefolgt und haben ein starkes Zeichen gegen Neonazis, rechte Spinner·innen und Mitläufer·innen gesetzt.

Kein Fussbreit dem Faschismus!

antira.org

Antisemitische Verschwörungserzählungen waren nie verschwunden. Vom Brunnenvergifter zur «verjudeten Schulmedizin» geistern sie auch heute noch durch unsere Zeit.



Aus der Nazizeitung «Der Stürmer», Februar 1932.

Antisemitische Straftaten stark gestiegen

Im Zusammenhang mit dem internationalen Holocaust-Gedenktag veröffentlichten die Zionistische Weltorganisation und die Jewish Agency einen Jahresbericht zu Antisemitismus für das Jahr 2021. Die Anzahl dokumentierter antisemitischer Straftaten beträgt durchschnittlich zehn pro Tag weltweit. Und die nicht gemeldeten Vorfälle dürften noch deutlich höher sein.

Vor 5 Jahren waren es weltweit 5 pro Tag, was bereits unfassbar ist; heute sind es bereits doppelt so viele. Die häufigsten Taten sind antisemitische Graffiti, Vandalismus und Brandstiftung, die Entweihung von Gedenkstätten, sowie antisemitische Hetze und Propaganda. Physische und verbale Gewalt machen ein Drittel aller gemeldeten Vorfälle aus. Fast fünfzig Prozent trugen sich auf dem europäischen Kontinent zu, 30 Prozent in den USA. New York meldete eine Zunahme antisemitischer Angriffe von 100 Prozent im letzten Jahr: von 262 im Jahr 2020 auf 503 im Jahr 2021. Auch Australien und Kanada berichteten von einer «dramatischen Zunahme» der registrierten antisemitischen Straftaten. In Frankreich

wurden 589 Hassverbrechen gegen jüdische Personen, Gebäude oder Gemeinschaftseinrichtungen gemeldet, das sind 75 Prozent mehr als im Jahr zuvor. 45 Prozent davon richteten sich gegen Menschen, 10 Prozent waren körperliche Angriffe. Dies entspricht einem Anstieg von 36 Prozent zum Vorjahr.

In Grossbritannien verdoppelte sich die Anzahl antisemitischer Straftaten von 875 in der ersten Jahreshälfte 2020 auf 1308 in derselben Periode im Jahr 2021. In Deutschland wurden von Januar bis Oktober 2021 bereits 1850 antisemitische Hassverbrechen dokumentiert, das sind durchschnittlich mehr als 6 pro Tag! Die meisten Taten ereigneten sich im Mai, einem Monat, in dem einerseits einige jüdische

Feiertage gefeiert werden und in dem anderenseits ein elftägiger Konflikt zwischen Israel und der Hamas ausgetragen wurde. Wesentlich für diesen Anstieg ist jedoch auch die Verbreitung von antisemitischen Verschwörungsmymen durch Corona-Massnahmen-Gegner·innen, laut denen jüdische Menschen von der Corona-Pandemie profitierten oder sie sogar anstifteten. Nicht zuletzt wird seit Beginn der Pandemie wiederholt der Holocaust verharmlost. Die Corona-Massnahmen und der Gesundheitspass werden mit der Politik von Nazideutschland während des Holocausts verglichen, was eine extreme Verzerrung der Umstände bedeutet. Dieser gefährlichen Entwicklung müssen wir uns entgegen stellen!

antira.org